

Xeuv IV vu

Halbmonatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

Herausgegeben von

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion: Berlin N 54 · Kleine Alexanderstr. 28 · „Karl-Liebknecht-Haus“

Heft 22 / November 1950

Bas IVacf zur Ciukeit QautsdUauds

Aus der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED am 26./27. Oktober 1950

Die Prager Außenministerkonferenz zeigt einen einfachen und friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands. In der bedeutsamen Erklärung der Außenminister wird vorgeschlagen:

„Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.“

Wir sind den Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens für die Vorschläge, die in dieser Beratung der Außenminister der friedliebenden Staaten gemacht wurden, besonders dankbar. Sie dienen der Erhaltung des Friedens und fordern die Herstellung der Einheit Deutschlands, was völlig den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspricht.

Welcher Deutsche, der die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Vaterlandes will, kann gegen einen solchen Vorschlag Einwendungen erheben? In diesem Vorschlag werden keinerlei Vorbedingungen gestellt, keine Personenfragen, keine Fragen über die Gestaltung der künftigen demokratischen Ordnung. Es wird nur die Lebensfrage unseres ganzen Volkes gestellt: die Herstellung der nationalen Einheit. Ungeachtet der politischen Ziele, der Weltanschauung oder sonstiger Auffassungen steht vor jedem Bürger in Deutschland die Frage, daß zunächst, um den Frieden erhalten zu können, um überhaupt leben zu können, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten diktierte Spaltung Deutschlands überwunden werden muß. Es wäre lächerlich, sich über die innere Ausgestaltung eines Hauses zu unterhalten, in dem auf mehreren Etagen amerikanische, englische und französische Gouverneure stehen, die ihre ganze Tätigkeit darin sehen, ein Zusammenkommen, eine Verständigung der Bewohner der verschiedenen Etagen zu verhindern. Solange die Einigung der Deutschen verhindert wird, können die amerikanischen Imperialisten in Deutschland diktieren. Sie sind daran interessiert, alle möglichen politischen und weltanschaulichen Fragen aufzurollen, um

möglichst alle Bewohner gegen alle Bewohner des deutschen Hauses aufzubringen.

Der genannte Vorschlag über die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands entspricht voll und ganz den grundlegenden Interessen aller patriotischen Bürger Deutschlands: denn zunächst müssen sich die Deutschen einigen, sie müssen verstehen, ihre gemeinsamen nationalen Interessen zu vertreten, um den Besatzungsmächten, die auf ihrem Besatzungsstatut bestehen, klarzumachen, daß die einzige Grundlage des friedlichen Zusammenlebens der Völker zur Voraussetzung hat, daß in Deutschland die Deutschen bestimmen, in Korea die Koreaner, und in Amerika mögen die Amerikaner ebenfalls selbst bestimmen.

Von diesem hohen nationalen Gesichtspunkt ausgehend, steht jetzt jeder Deutsche vor der Entscheidung, sich offen für die Einheit Deutschlands zu bekennen durch die Unterstützung des Vorschlages auf Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Besetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands. In den Betrieben, den Städten und Dörfern, in den Gewerkschaften und Bauernorganisationen, überall möge nunmehr zu diesem Vorschlag Stellung genommen werden.

Heute bereits liegen aus einer Reihe von Betrieben Stellungnahmen von Arbeitern und Angehörigen der technischen Intelligenz vor, die sich klar und eindeutig für den Vorschlag der Prager Außenministerkonferenz aussprechen, und wir hoffen, daß daraus Massenerklärungen und Massenbeschlüsse in allen Betrieben, in allen Städten und Dörfern, in allen Wohngebieten werden.

Die Stellungnahme der Mehrheit der Bevölkerung für die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates entzieht zugleich den Kriegshetzern den Boden, denn der gesamtdeutsche konstituierende Rat soll die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorbereiten und an die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs das Ersuchen richten, zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages herangezogen zu werden. Jeder friedliebende Bürger kann einen solchen Vorschlag nur freudig begrüßen; denn jeder, der den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschlands will, ist daran interessiert, daß bald ein Friedensvertrag zustande kommt. Ein Friedensvertrag ist jedoch nur möglich, wenn